

„So wollen wir leben“

Der Arbeitsbereich Demokratische Kultur der Evangelischen Akademie meldet sich zu drängenden Fragen der Gesellschaft wie Demokratiefreundlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und der Zukunft der Kirche zu Wort. Warum gerade jetzt? Darauf antwortet Mitautor Heinz-Joachim Lohmann im Interview mit Sibylle Sterzik

Zur „Orientierung in einer auf Sturm gestellten Großwetterlage“ geht der Arbeitsbereich Demokratische Kultur an der Evangelischen Akademie mit dem Manifest „Glaube, Liebe, Hoffnung. Orientierungsversuch in Zeiten des Streits“ an die Öffentlichkeit (Seite 7). Warum gerade jetzt?

In den letzten Monaten traten alle gesellschaftlichen und politischen Fragen hinter der einen zurück, wie eine Katastrophe durch Ausbreitung von Covid-19 verhindert werden kann. Jetzt wenden wir uns langsam wieder normalen Abläufen zu. Die unbewältigten Themen bleiben weiterhin offen. Uns kommt es nun kurz vor Ende der Sommerpause darauf an zu sagen: Hierüber müssen wir weiter reden. Die Qualität unseres Zusammenlebens hängt von den Antworten ab. Und als Christ*innen ist es für uns wichtig, dass wir die Begründungen in der Auseinandersetzung mit der Heiligen Schrift finden.

Sie haben eine besondere Form gewählt, sechs Glaubenssätze – „Wir glauben ...“ und daraus folgende Abgrenzung von Haltungen „Deshalb lehnen wir ab ...“ Das erinnert an die Barmer Theologische Erklärung aus der Zeit des Nationalsozialismus 1934. Ist das gewollt?

In Barmen wehrte sich die Evangelische Kirche bekenntnisübergreifend gegen die Ansprüche eines totalitären Staates an die Kirche und trat seinen Lakaien im eigenen

Betrieb entgegen. Das ist weder im Äußeren noch im Inneren mit unserer Situation vergleichbar.

Dass die Form an Barmen erinnert, liegt ein bisschen daran, dass es bei Erklärungen in den Kirchen der Reformation üblich ist, Zeitansagen aus der Schrift zu begründen. Im

Wir leben in einer Zeit der Gegensätze, die wir nicht durch Ausgrenzung oder Ignorieren lösen können, sondern nur durch offenen Streit.

Gegensatz zu Barmen sagen wir auch: Diese Erkenntnisse und Lernfortschritte haben wir in den letzten Jahrzehnten gemacht und hinter die dürfen wir nicht zurückfallen.

Unsere Schwestern und Brüder von der United Church of Christ in den USA fanden 2018 gemeinsam mit Menschen anderer Denominationen, dass die Zeit gekommen ist, als Christ*innen ein Wort zu drängenden Fragen in der amerikanischen Gesellschaft zu sagen. Sie taten das unter dem inspirierenden und leider unübersetzbaren Titel

„Reclaiming Jesus“ (nicht unser Jesus). Und sie sprachen nicht als Synode, sondern – auch anders als Barmen – als in Verantwortung stehende Gläubige, die die Ereignisse zum Reden drängen.

Für uns liegen die Akzente anders. Es geht nicht nur um Widerspruch, sondern auch um positives Bekenntnis: Diese Entwicklungen finden wir wichtig. So wollen wir leben. Und das finden wir gerade infrage gestellt und bedroht. Darüber hinaus ist für uns die enge Gemeinschaft mit den jüdischen Schwestern und Brüdern zentral. Die spielte in der amerikanischen Erklärung keine Rolle.

Finden Sie, dass Kirche sich in drängenden Gegenwartsfragen bisher zu wenig klar positioniert hat und wenn ja, welche sind Ihnen besonders wichtig?

Wer ist die Kirche? Der Ratsvorsitzende, Bischöf*innen und Synoden sagen Richtiges und Wichtiges zu vielen Fragen. Viele Gemeinden engagieren sich in herausragender Weise in der Willkommenskultur. Alle kirchlichen Ebenen lassen sich berühren von der Katastrophe an den EU-Außengrenzen.

Wir orientieren uns mehr an den Bildern vom Sauerteig und vom Salz: Geringe Mengen sind in der Lage, das Ganze zu verändern. Wir brauchen die Diskussion vieler Fragen, Problembewusstsein und Visionen. Christinnen und Christen sind in der Lage, die Prozesse in der Gesamtgesellschaft voranzutreiben.

Verstehen Sie das aus der Heiligen Schrift begründete Manifest auch als klares Kriterium dafür, was Christen glauben und welche Auffassungen damit unvereinbar sind?

Wir benennen, was für uns wichtig und unverzichtbar ist. Manches davon ist weit entfernt, Mehrheitsmeinung zu sein. Und einiges muss in seiner Bedeutung noch durchbuchstabiert werden.



Heinz-Joachim Lohmann ist Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum an der Evangelischen Akademie zu Berlin.
Foto: EAZB/Karin Baumann

Nehmen Sie Jesus, den Juden. In Gottesdienst und Konfirmationsunterricht gilt immer noch als Mehrheitsmeinung, dass sich Jesus von Tag 1 seiner Verkündigung von seinen jüdischen Wurzeln trennt und das Christentum beginnt. Dass wir Christ*innen die ganze Zeit des Neuen Testaments über eine jüdische Sekte waren und die Grenzziehungen später erfolgten, ist noch nicht im Alltag angekommen. Sonst wären viele Aussagen zum Gesetz so nicht mehr möglich.

Migration als Mutter der Entwicklung ist mehr als Gastfreundschaft. Wenn Gesellschaft nicht mehr Monokultur, sondern Hybrid ist, dann ist das Fremde Bereicherung und nicht Bedrohung. Dann steht im Zentrum nicht Abgrenzung,

sondern Überwindung von Feindschaft und Gewalt. Das gibt es aber nicht geschenkt, sondern ist ein langer Aushandlungsprozess.

Sie laden zur Auseinandersetzung um den richtigen Weg und die richtigen Ziele unserer Kirche und unseres Landes ein und erwarten Streit statt Zustimmung. Warum? Weil auch in Gemeindekirchenräten AfD-Mitglieder oder -Sympathisanten sitzen?

Um voranzukommen, müssen wir streiten. Wir packen unsere Positionen auf den Tisch und erwarten, dass das andere auch tun. Unser synodales System ist auf Kompromisse angelegt. Wir halten es für notwendig, dass auch die Klarheit der Ursprungsposition auf den Tisch kommt. Der Kompromiss steht am Ende, nicht am Anfang. Und manchmal muss eben auch bleibender Dissens festgehalten werden. Wir leben in einer Zeit der Gegensätze, die wir nicht durch Ausgrenzung oder Ignorieren lösen können, sondern nur durch offenen Streit.

Die Auseinandersetzung um Weltoffenheit und Nationalismus finden in allen Parteien statt. Antisemitismus gibt es in der Rechten und in der Linken, im Islam und bei unseren palästinensischen Schwestern und Brüdern. Islamophobie begegnet uns allerorten. Gleichberechtigungsfragen und die Überwindung von Rassismus brauchen Lösungen, die noch erarbeitet und umgesetzt werden müssen. Die AfD ist da eher ein Randphänomen.

„Ungefragt“

Kontrovers: Es reicht nicht, das Richtige zu sagen und das Übliche zu fordern. Eine kritische Einschätzung aus journalistischer Sicht

Von Philipp Greifenstein

„Die Kirche wird sparsamer und konkreter zu gesellschaftlichen Prozessen öffentlich Stellung nehmen“, versprechen die Autor*innen des „Zukunftsteams“ der EKD-Synode in ihrem Thesenpapier „Kirche auf gutem Grund“ gleich im ersten von insgesamt elf Leitsätzen. Der Text soll bis zur EKD-Synode im Herbst die Diskussion um die Zukunft der evangelischen Kirchen anheizen.



Philipp Greifenstein ist freier Journalist sowie Gründer und Redakteur des Magazins für Kirche, Politik und Kultur „Die Eule“ (eulemagazin.de).
Foto: privat

Die Autoren der „Glaube, Liebe, Hoffnung“ überschriebenen „Orientierungsversuche in Zeiten des Streits“ allerdings haben das EKD-Papier wohl noch nicht gelesen. Ihr Text strotzt vor Allgemeinplätzen und Richtigkeiten, und bleibt sprachlich und inhaltlich ganz und gar binnenkirchlich. Wer braucht so ein „Bekenntnis“? Wer hat nach solch einer Orientierung gefragt?

Die Kirche „wird Zurückhaltung üben, wo der Rückbezug auf das Evangelium nicht deutlich und der Zusammenhang mit dem eigenen Handeln nicht exemplarisch erkennbar werden“, schreibt das EKD-Zukunftsteam weiter. Beim Lesen des sicher gutgemeinten Textes aus der Evangelischen Akademie zu Berlin drängt sich vor allem die Frage auf, worin der konkrete Anlass und die praktische Bewährung des Geschriebenen bestehen. Immerhin handelt es sich um einen Akademie-Text, bei der reinen Darstellung christlicher Lehre darf man da nicht stehenbleiben. An hübsch formulierten Postulaten ermangelt es der Kirche nicht, am Ver-Sprechen mit dem konkreten Lebensalltag der Leute aber schon.

Im Süden der Landeskirche EKBO stehen seit Wochen Demonstrant*innen mit Reichskriegsflaggen und Nazi-Memorabilien an der B 96 und protestieren gegen Corona-Maßnahmen der Regierung(en), die es nicht einmal gegeben hat oder geben wird. In vielen kleinen und mittleren Städten auf dem Gebiet der EKBO finden regelmäßig Demos von rechtsextremen Gruppen statt, deren Botschaften

zielgenau an den Ängsten der Bevölkerung andocken.

Auch in Kirchengemeinden fragen sich viele Menschen, wie mit Verwandten, Bekannten und Glaubensgeschwistern umzugehen ist, die in den vergangenen Jahren oder Monaten „gekipp“ sind – sich haben einfangen lassen von einfachen rechten Politparolen und Verschwörungserzählungen. Das Problem hat sich durch die Corona-Krise eher noch verschärft. Auch ist deutlich geworden, dass der christliche Glaube selbst Potenziale in sich trägt, die dafür missbraucht werden können.

Da reicht es nicht, das Richtige zu sagen oder zu schreiben und ansonsten wie üblich „mehr Bildung“ zu fordern. Was es von Seiten der Kirchen braucht, ist gelebte Solidarität mit denjenigen gesellschaftlichen Kräften, die sich ohne große Lobby in der Fläche gegen Rechtsextremismus engagieren, die Aufklärungsarbeit leisten und tatsächlich an der Seite von Flüchtlingen arbeiten. Dazu gehört auch das deutlich vernehmbare Wort von Bischöf*innen und Landeskirchen, wie es in der EKBO in den vergangenen Jahren



häufig erhoben wurde. Aber eben nicht nur.

Gegen Ende ihres Schreibens kommen die Autoren darauf, was die Kirche nicht allein der Gesellschaft zu sagen hat, sondern was sie selbst leisten muss. Sie kann das Evangelium nur dann glaubwürdig verkündigen, wenn sie sich selbst immer wieder als Lernende von ihm herausfordern lässt. Oder in der Sprache der EKD-Leitsätze: Wo findet exemplarisches kirchliches Handeln statt?

Von den Autoren der Orientierung, darunter immerhin der EKD-Antisemitismusbeauftragte, darf

man mehr erwarten, als eine Reihe von Überzeugungen in einem Text zusammenzustellen. In den letzten Jahren haben wir gesehen, dass die Kirche nur dann mit ihrem politischen Handeln wahrgenommen wird und einen relevanten Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft leistet, wenn sie im Verbund mit anderen Akteur*innen handelt.

Ein erster Schritt besteht darum darin, wahrzunehmen, wo Gott überall schon am Werk ist – vielleicht verborgen unter ganz und gar kirchenfernen Stimmen –, statt krampfhaft zu versuchen, das Eigene zur Sprache zu bringen.